



ANGELA MERKEL:

Offenbarungseid für die Regierung Schröder

Der Sitzung des Bundeskabinetts sind große Erwartungen vorausgegangen. Die Menschen haben gehofft, dass die Bundesregierung endlich ein schlüssiges Gesamtkonzept für unser Land vorlegt.

Doch dies ist leider nicht eingetreten: Die Beschlüsse der rot-grünen Bundesregierung sind eine herbe Enttäuschung. Der von vielen erwartete Befreiungsschlag für Deutschland ist zu einem

Fortsetzung auf S. 3

INHALT

LAURENZ MEYER:
CDU wird neue Wege gehen
SEITE 6

DIETRICH AUSTERMANN:
Ignorierte Haushaltsrisiken führen zum Verfassungsbruch
SEITE 8-9

■ Flugblatt der Woche: Offenbarungseid statt Befreiungsschlag (Seite 5) ■ Aktionsflugblatt zu den nicht gehaltenen Ankündigungen der Regierung (Seite 7) ■ CDU-Geschichte: Konrad Adenauer mit Zacken und Kanten (Seite 10) ■ Aus den Ländern: Saarland – Gelebte Humanitas (Seite 12) ■ Aus den Ländern: Mecklenburg-Vorpommern – Mehr jüngste Deutsche Geschichte im Unterricht (Seite 13) ■ Michael Meister: Rot-Grün will höhere Steuern für alle (Seite 14–15) ■ Michael Fuchs: Ein Schrecken ohne Ende (Seite 15–16) ■ Gerda Hasselfeldt: Spam – Verbraucher endlich wirksam schützen (Seite 16) ■ Dagmar Wöhrl: Alarmsirene in voller Lautstärke ■ Öffentlichkeitsarbeit (Seite 18–20) ■ Union in Europa Nr.11: Der Konvent – Eine Chance für Europa (Innenteil)

IMPRESSUM



ANGELA MERKEL:

Erinnerung an die Opfer wach halten

Zum Gedenken an den Mauerbau am 13. August 1961 erklärt die Vorsitzende der CDU Deutschlands:

Vor 42 Jahren, am 13. August 1961, errichtete das SED-Regime die Mauer. Durch dieses unmenschliche Bauwerk wurden Familien auseinander gerissen, Freunde gewaltsam voneinander getrennt und Millionen Menschen ihrer Freiheit beraubt. Am heutigen Tag gedenken wir der unzähligen Opfer des Mauerbaus.

Zur schrecklichen Realität des SED-Regimes gehörte neben der Betonmauer der Schießbefehl. Schwer bewaffnete Grenzposten schossen auf jeden, der versuchte, die Sperranlagen zu überwinden, um von einem Teil Deutschlands in den anderen zu gelangen. Die Geschichte von Mauerbau und Stacheldraht lehrt uns aber auch heute

noch, dass Freiheit und Selbstbestimmung am Ende stärker sind, dass die Einheit der Nation keine leere Floskel war, sondern dass wir ein Volk geblieben sind.

Mit dem Willen zur Freiheit und Einheit wurde die Mauer eingerissen. Die Bilder aus der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 haben wir noch vor Augen. Die Mauer öffnete sich, und Menschen aus West und Ost lagen sich in den Armen.

Die Wunden der Teilung, die ein menschenverachtendes System geschlagen hatte, verheilen immer mehr. Dies wird uns auch weiterhin gelingen, wenn wir die Erinnerung an die Teilung wach halten. Der heutige Tag mahnt uns alle, Freiheit, Menschenrechte und Demokratie zu bewahren und zu verteidigen, damit Gewaltherrschaft und Unterdrückung für immer der Vergangenheit angehören.

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@edu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0, Telefax 02226-802-111/333. Vertrieb: Tel. 02226-802-213, e-mail: oliver.nurmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Offenbarungseid für Rot-Grün

Fortsetzung von Seite 1

Offenbarungseid von Rot-Grün geworden. Die Bundesregierung schiebt die entscheidenden Probleme und Fragen weiter vor sich her oder beantwortet sie falsch. Die Leidtragenden sind die Menschen. Bundeskanzler Schröder war auch heute nicht in der Lage, eine Aufbruchstimmung zu vermitteln – genau dies aber braucht unser Land. Das Ziel, mehr Arbeitsplätze zu schaffen, wird nicht konsequent verfolgt. Es fehlt die Politik aus einem Guss. An vielen Stellen fällt die Bundesregierung in zentralistische Strukturen und in eine gewaltige Umverteilungsbürokratie zurück. Und vor allem: Die Strukturreformen am Arbeitsmarkt, die unser Land dringend braucht, sind ausgeblieben. Damit sind die heutigen Kabinettsbeschlüsse kein taugliches Konzept, um in Deutschland die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und Wachstum und Innovation wirklich zu ermöglichen. Wachstum bringen die Reformen der Regierung nur an zwei Stellen: bei den Schulden und bei der Bürokratie. Lassen Sie mich kurz auf die entscheidenden Punkte hinweisen:

Unseriöser Bundeshaushalt für 2004

Die Regierungsvorschläge basieren insgesamt auf einem absolut unseriösen, auf Sand gebauten Bundeshaushalt 2004. Mit dem vorliegenden Entwurf von Bundesfinanzminister Eichel ist der Weg in eine weitere, deutliche Erhöhung der Staatsverschuldung und damit einer weiteren Belastung zukünftiger Generationen vorgezeichnet.

Dies ist keine Finanzpolitik, die das Prädikat Nachhaltigkeit verdient. Unser Land wird vielmehr durch Herrn Eichel nachhaltig verschuldet. Ebenso ist es inakzeptabel, dass viele Finanzierungsvorschläge einseitig zu Lasten der Länder und Kommunen gehen. In dieses traurige Bild passt auch der absurde Gedanke des Bundesfinanzministers, die bestehenden Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern über den nationalen Stabilitätspakt aufzukündigen, um so für den Bund zu Lasten der Länder einen höheren Spielraum für die Neuverschuldung durchzusetzen.

Gegenfinanzierung

Die vorgeschlagene Finanzierung des Vorziehens der letzten Stufe der Steuerreform verdient mit diesen Beschlüssen und der unsoliden Haushaltsplanung für 2004 den Namen Finanzierungskonzept weiterhin nicht. Die Bundesregierung muss weiter nachsitzen. Mit diesem nicht vorhandenen Finanzierungskonzept wird das Vertrauen der Bürger in eine nachhaltige Steuerentlastung nicht gestärkt, sondern geschwächt. Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, solide Gegenfinanzierungsvorschläge spätestens bis zur ersten Lesung des Bundeshaushalts vorzulegen.

Kommunalfinanzen

Der Vorschlag der Bundesregierung zur Reform der Gemeindefinanzen ist unausgegoren und von Flickschusterei geprägt. So kann ihn die Union nicht mittragen. Eine Reform der Kommunalfinanzen, fristgerecht zum 1. Januar 2004, erscheint mit diesem Konzept kaum möglich. Insbesondere die geplante Einbezie-

hung der Freiberufler in die Gewerbesteuer führt zu mehr Steuerbürokratie und belastet wiederum Leistungsträger. Die Bundesregierung hat fünf wertvolle Jahre zur Erarbeitung eines tragfähigen Reformkonzeptes vergeudet, die Kommunen werden bei der Bewältigung ihrer prekären Haushaltslage weiterhin allein gelassen. Die Union plädiert deshalb mit allem Nachdruck für die Umsetzung ihres Sofortprogramms. Nur so kann den Kommunen im nächsten Jahr rasch und wirksam geholfen werden.

Überbürokratisierung

Mit den Vorschlägen zur Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe droht einmal mehr eine im Grundsatz richtige Idee im Dickicht von Zentralisierung und Überbürokratisierung zu verkümmern. Fast 12.000 geplante neue Stellen in den Arbeitsämtern sind ein klares Signal für noch mehr Bürokratie – genau das Gegenteil, was unser Land braucht. Der Vorschlag der Bundesregierung, diese Aufgabe bei der Bundesanstalt für Arbeit anzusiedeln, geht damit in die völlig falsche Richtung. Die Bundesanstalt für Arbeit hat

genug damit zu tun, ihre bisherigen Aufgaben wirksamer wahrzunehmen und die eigene Verwaltungsstruktur zu modernisieren. Deshalb können wir den Vorschlägen der Bundesregierung in dieser Form nicht zustimmen. Wegweisend ist aus unserer Sicht der hessische Gesetzentwurf zur Zusammenführung der Arbeitslosen und Sozialhilfe, der die Wahrnehmung dieser Aufgaben auf der Ebene von Städten und Kommunen vorsieht.

Unschlüssiges Gesamtkonzept

Fazit: Rot-Grün schafft es weiterhin nicht, die Probleme unseres Landes in den Griff zu bekommen. Die Beschlüsse des Bundeskabinetts vom heutigen Tag sind kein in sich schlüssiges Gesamtkonzept, das unser Land entscheidend nach vorne bringen kann.

Doch mit dieser Bewertung allein begnügen wir uns nicht, zu sehr sorgen sich die Menschen in unserem Land um ihre Zukunft und die ihrer Kinder. Wir sind als Anwalt der Menschen zu einer nationalen Kraftanstrengung bereit. Deshalb erschöpfen wir uns nicht im Nein-sagen, sondern drü-

cken weiter aufs Tempo: Wir haben im Juni ein Arbeitsmarktreformgesetz in den Bundestag eingebracht, das weitaus mutiger und entschlossener ist als die Vorstellungen Clements.

Mit dem hessischen Entwurf zur Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe liegt von unserer Seite eine geeignete Verhandlungsbasis vor.

Wir haben ein Sofortprogramm vorgelegt, damit den Kommunen schnellstmöglich aus ihrer prekären Lage geholfen wird. Dem Subventionsabbau, wie er derzeit durch die Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück beraten wird, werden wir uns nicht verschließen.

Die zentralen Reformvorhaben werden auch Gegenstand eines Treffens der Unions-Ministerpräsidenten am 20. August sein. Wir werden alles dafür unternehmen, dass die wichtigen Reformvorhaben die Handschrift der Union tragen werden. Reformen muss man richtig machen, damit Menschen und Unternehmen in Deutschland wieder mehr Freiheit und Spielraum erhalten und mit weniger Bürokratie belastet werden.

Denn am Wohl der Menschen – an nichts anderem – muss sich politisches Handeln orientieren.

Offenbarungseid statt Befreiungsschlag

Die Beschlüsse der Bundesregierung sind eine herbe Enttäuschung für Deutschland. Der von vielen erwartete Befreiungsschlag ist zum Offenbarungseid von Rot-Grün geworden. Die Bundesregierung setzt auf zentralistische Strukturen und eine gewaltige Umverteilungsbürokratie. Strukturelle Arbeitsmarktreformen bleiben aus.

Mit der weiteren Erhöhung der Staatsverschuldung hat die Finanzpolitik das Prädikat Nachhaltigkeit nicht verdient. Nachhaltig ist lediglich die Verschuldung. Die Finanzierungsvorschläge belasten einseitig Länder und Kommunen.

Das Vorziehen der Steuerreform ist noch immer nicht wirklich durchdacht. Schröders Prinzip „Rechte Tasche, linke Tasche“ ist keine Lösung des Problems. Das Vertrauen der Bürger in eine echte Steuerentlastung wird damit nicht gestärkt, sondern geschwächt. Bis zur ersten Lesung im Bundestag müssen solide Konzepte her.

Die Vorschläge zur **Sanierung der kommunalen Haushalte** sind unausgegoren und Flickschusterei. Die Einbeziehung der Freiberufler in die Gewerbesteuer bringt mehr Steuerbürokratie und belastet Leistungsträger. Fünf Jahre hat die Regierung vergeudet. Die Kommunen werden mit ihrer prekären Haushaltslage weiter allein gelassen.

Die **Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe** ist im Grundsatz richtig. Mit fast 12.000 geplanten Stellen in den Arbeitsämtern droht sie jedoch im Dickicht von Zentralisierung und Überbürokratisierung zu verkümmern. Dabei hat die Bundesanstalt für Arbeit genug damit zu tun, ihre eigene Verwaltung zu modernisieren.

Fazit: Rot-Grün schafft es auch diesmal nicht, die Probleme unseres Landes in den Griff zu bekommen. Echtes Wachstum bringen die Reformen der Regierung nur an zwei Stellen: Bei Schulden und Bürokratie. Die CDU hat ihre Hausaufgaben gemacht: Mit dem Sofortprogramm für die Kommunen sowie den Vorschlägen zu Arbeitsmarktreformen liegen konkrete Alternativen auf dem Tisch.

Besser für die Menschen.



LAURENZ MEYER:

„CDU wird neue Wege gehen“

„Die Union steht vor einem Umbruch“, sagte CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer in einem Interview mit Gunars Reichenbachs von der Nordwest-Zeitung. Vom nächsten Parteitag könnten Impulse für ein neues soziales Profil der CDU ausgehen. Insbesondere die Rettung der Sozialsysteme sei ein Thema mit dem sich die Partei intensiv auseinandersetzen werde, kündigte der Generalsekretär an. Im Folgenden Auszüge aus dem Interview:

Meyer: Wir müssen einen Zusammenbruch der Sozialsysteme verhindern. Lassen wir die Dinge treiben, wird genau dieser Zusammenbruch kommen. Dann steigen die Beiträge ins Unermessliche oder die Renten fallen unter die Sozialhilfesätze. Und dann würde das ganze System nicht mehr von den Menschen akzeptiert. Wir müssen die demographische Entwicklung in unsere Überlegungen einbeziehen.

NWZ: Steht die CDU vor einem dramatischen Wechsel in der Sozialpolitik?

Meyer: Ja. wir werden bei den sozialen Sicherungssy-



stemmen neue Wege gehen müssen, weil die alten auf Dauer nicht tragen.

NWZ: Mehr Privatisierung? Eine Grundrente etwa?

Meyer: Die Grundrente ist keine automatische Folge. Aber jeder wird seine private Altersvorsorge ganz erheblich ausweiten müssen. Die gesetzliche Rente wird bei den heute Jungen einen erheblich kleineren Anteil an der Altersversorgung ausmachen als es heute der Fall ist.

NWZ: Die Jugend wird begeistert sein ...

Meyer: Wenn wir nichts tun, würden die Sozialbeiträge ab 2040 etwa 60 bis 65 Prozent des Einkommens ausmachen. Heute liegen wir bei schon belastenden 42 Prozent. Am Prinzip der stärkeren Eigenverantwor-

tung lässt sich nicht rütteln.

NWZ: Ist auch die Pflegeversicherung reparaturbedürftig?

Meyer: Ganz sicher. Rot/Grün hat in den letzten Jahren die notwendigen Korrekturen versäumt. Deshalb stehen wir in der Pflegeversicherung vor Beitragssprüngen – wenn nicht die Notbremse gezogen wird. Darauf müssen wir eine Antwort geben ...

NWZ: ... aber die Pflegeversicherung bleibt im Kern?

Meyer: Die Pflegeversicherung bleibt, weil das Pflegerisiko künftig eher zu- als abnimmt. Wir müssen die demographische Entwicklung in die Beiträge einbeziehen, so dass im Alter der entsprechende Betrag angesammelt ist, der den Einzelnen absichert. Ein Modell, ähnlich wie beim Zahnersatz.

NWZ: Ist die CDU auf diesen Wandel vorbereitet?

Meyer: Die Partei wird diese Diskussion mit großem Nachdruck führen und auf dem Parteitag im Dezember zu konkreten Beschlüssen kommen. Wegweisend werden die Vorschläge sein, die in der Herzog-Kommission erarbeitet werden.

Demnach dürften wir keine Probleme haben:

„Der **größte** Umbau
in der Sozialgeschichte der Bundesrepublik.“

Gerhard Schröder zu den sozialpolitischen Kabinettsbeschlüssen vom 13.08.2003

„Was wir heute vorschlagen, ist ohne Übertreibung
die **größte** Arbeitsmarkt-Reform der Nachkriegsgeschichte.“

Gerhard Schröder in seiner Rede zur Vorstellung der Hartz-Reform anlässlich der SPD-Parteikonferenz am 18.08.2002

„Am 1. Januar 2001 tritt die **größte** Steuerreform
in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Kraft.“

Gerhard Schröder in der Bundespressekonferenz am 16.07.2000

Besser für die Menschen.

CDU



DIETRICH AUSTERMANN:

Ignorierte Haushaltsrisiken führen zu Verfassungsbruch

Der Bundeshaushalt 2004 ist – auch ohne die vorgezogene Steuerreform – mit erheblichen Risiken behaftet. Sie liegen in falschen Annahmen und unterstellten Bundesratsentscheidungen. Noch nicht vorgelegte Gesetze werden als rechtskräftig unterstellt. Gleiches gilt für angedachte Reformen. Für den Haushalt negative Wirkungen werden ignoriert. Die Risiken belaufen sich aktuell auf insgesamt rund 25 Mrd. €.

Der Bundeshaushalt 2004 ist auf der Basis eines zu hohen Wirtschaftswachstums aufgestellt worden. Nach 0,75 Prozent für dieses Jahr, geht die Bundesregierung für das kommende Jahr von einem realen Wachstum von 2 Prozent aus. Tatsächlich ist in diesem Jahr eher eine Stagnation des BIP und im kommenden Jahr bestenfalls eine Steigerung von ca. einem Prozent zu erwarten. Wenn das wirtschaftliche Wachstum in 2003 und 2004 kumuliert um insgesamt 1,5-Prozentpunkte hinter den Erwartungen der Bundesregierung zurück bleibt,



Dietrich Austermann, haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

ist mit konjunkturbedingten Steuerausfällen in Höhe von rund 3 Mrd. € allein für den Bund zu rechnen.

Die Bundesregierung schätzt, dass die durchschnittliche Arbeitslosigkeit im nächsten Jahr nur unwesentlich unter der diesjährigen liegen wird (-20.000). Dennoch beläuft sich der geplante Zuschuss zur Bundesanstalt für Arbeit mit rund 5 Mrd. € nur auf die Hälfte des voraussichtlich in diesem Jahr auszugleichenen Defizits der BA. Intern geht das Bundeswirtschaftsministerium für 2003 bereits von 10 Mrd. € aus. Auch die von Eichel im Rahmen des „Haushaltsstabilisierungskonzeptes“ unterstellten Einsparungen bei der BA in Höhe von 2 Mrd. €, die oh-

nehin nicht zu realisieren sind, würden nicht ausreichen, um das Defizit im kommenden Jahr auf die gewünschten 5 Mrd. € zu drücken. Es bleibt ein Haushaltsrisiko von ca. 5 Mrd. €.

Bei der Arbeitslosenhilfe ist in diesem Jahr mit Mehrausgaben von rund 4 Mrd. € zu rechnen. Das „Haushaltsstabilisierungskonzept“ des Bundes sieht Einsparungen von 2 Mrd. € vor. Selbst wenn es dem Bund gelingen würde, davon 1 Mrd. € zu realisieren, bliebe immer noch ein Haushaltsrisiko von rund 3 Mrd. € bei der Arbeitslosenhilfe aufgrund der fast unverändert hohen Arbeitslosigkeit.

Durch die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (ALG II) entstehen dem Bund – nach dem nun vorliegenden Gesetzentwurf – ab Mitte des nächsten Jahres zusätzliche Lasten von jährlich rd. 16 Mrd. €. Damit steigen die Ausgaben im Bereich Arbeitslosenhilfe/ALG II im Jahr 2004 von bisher geplanten 13,6 Mrd. € auf rd. 22,3 Mrd. €. 2004 wird für das erste Halbjahr weiterhin Arbeitslosen-

hilfe nach altem Recht gezahlt (6,8 Mrd. €), zu der sich der Bedarf des 2. Halbjahres gemäß Gesetzentwurf i.H.v. 15,5 Mrd. € addiert. Hinzu kommen Mehrausgaben beim Wohngeld i.H.v. rund 700 Mio. €. Selbst wenn es dem Bund gelänge, als Kompensation über eine Umverteilung der Anteile an der Umsatzsteuer ca. 4,5 Mrd. € Mehreinnahmen zu erzielen, bliebe ein ungedeckter Betrag von 4,9 Mrd. €.

Aus dem „Haushaltsstabilisierungskonzept“ (das dem Haushaltsentwurf zugrunde liegt), für das die Bundesregierung am 13. August einen Gesetzentwurf vorlegen will, der der Zustimmung des Bundesrates bedarf, ergeben sich folgende Risiken:

Der Beitragssatz der Rentenversicherung soll 2004 bei 19,5 vH stabilisiert werden. Hiervon ausgehend soll der Bundeszuschuss zur Rentenversicherung um 2 Mrd. € gegenüber dem Finanzplan jährlich reduziert werden. Derzeit existieren noch keine konkreten Pläne, wie dieses Einsparvolumen realisiert werden soll.

Des Weiteren enthält das „Haushaltsstabilisierungskonzept“ eine Reihe von steuerlichen Maßnahmen, die im kommenden Jahr zu folgenden Mehreinnahmen

für den Bundeshaushalt führen sollen:

- Maßnahmen zur Stabilisierung insbesondere der Körperschaftsteuer (Korb II Steuervergünstigungsabbaugesetz): 500 Mio. €.
- Wegfall der Eigenheimzulage: 128 Mio. €.
- Kürzung der Entfernungspauschale: 510 Mio. €.
- Abbau von Steuervergünstigungen (Koch/Steinbrück): 1.200 Mio. €.
- Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit: 1.000 Mio. €.
- Förderung der Steuerehrlichkeit: 2.125 Mio. €.
- Höhere Umsatzsteuer für Gemeinden: 1.500 Mio. €.

Einzelne Maßnahmen sind im Hinblick auf die Entwicklung von Wachstum und Arbeitslosigkeit kontraproduktiv. Die Union hat ihren Widerstand gegen den Wegfall der Eigenheimzulage und die Kürzung der Entfernungspauschale bereits deutlich gemacht. Nach Auffassung der Union könnte über diese steuerlichen Vergünstigungen für Häuslebauer und Arbeitnehmer nur im Rahmen einer breit angelegten großen Steuerreform verhandelt werden.

Mit dem Vorgriff auf das Ergebnis der Arbeitsgruppe Koch/Steinbrück wird unterstellt, dass sich der von den beiden Ministerpräsi-

denten geplante Subventionsabbau im Wesentlichen auf der steuerlichen Ebene vollzieht. Die geplanten Mehreinnahmen durch das Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit basieren auf dem wenig wahrscheinlichen Szenario, dass in 2004 etwa 20 Mrd. € nach Deutschland (zurück-) fließen und hier nachträglich versteuert werden.

Die geplante Gewerbesteuerreform soll den Kommunen u.a. neue Einnahmequellen durch eine Ausweitung der Besteuerung auf Freiberufler (Architekten, Ärzte, Rechtsanwälte, Steuerberater usw.) erschließen – als Ausgleich für die vom Bund angestrebte Kompensation seiner Mehrausgaben aus der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Dabei gleicht die Reform nicht einmal die steigenden Abzüge bei den Gemeinden aus der erhöhten Gewerbesteuer-Umlage aus und führt zu Mindereinnahmen des Bundes bei der Mehrwertsteuer. Die explosionsartige Entwicklung der Neuverschuldung und die Verfassungswidrigkeit der Haushalte zum dritten Mal in Folge sind – auch ohne Vorziehen der Steuerreform – vorgezeichnet!

<http://>

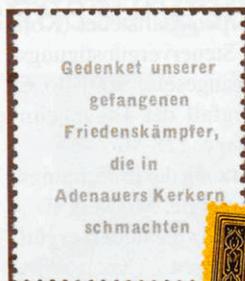
www.cducsu.de

Konrad Adenauer mit Zacken und Kanten

Briefmarkensammler und politisch Interessierte werden begeistert sein: Der erste Katalog mit allen Adenauer-Briefmarken der Welt ist erschienen.

Zu verdanken ist der Katalog der akribischen Forschungsarbeit und unermüdlichen Sammlerwut von Paul B. Wink. Über 1.400 Briefmarken und Ganzsachen aus 45 Ländern hat der Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung über Jahrzehnte zusammengetragen. 249 Farbbildungen auf den 224 Seiten des Katalogs zeigen die Briefmarken überwiegend in Originalgröße. Darunter sind zahlreiche Marken, die dem Europäer Konrad Adenauer gewidmet sind, ihn mit europäischen Motiven bzw. mit anderen Gründungsvätern Europas, wie Winston Churchill, Alcide De Gasperi, Robert Schuman oder Charles de Gaulle zeigen.

Innerhalb eines Sammelgebietes sind die Marken in chronologischer Reihenfolge aufgeführt und innerhalb ihrer Gattungen nach MICHEL-Nummerierung geordnet. Somit ist der „Konrad Adenauer Brief-



marken-Katalog“ ein unverzichtbarer Begleiter für jeden Adenauer-Motivsammler und Briefmarkensammler. „Der Katalog ist für Briefmarkenfans und Interessenten der Zeitgeschichte gleichermaßen interessant“, betont Wink als Experte.

Der wissenschaftlich

Briefmarken-Katalog 2003

„Konrad Adenauer“

ISBN 3-00-008507-6.

Preis € 34,80.

Direkt bestellbar bei

Paul B. Wink,

Heerstraße 71,

14055 Berlin

fundierte Katalog ist anschaulich gestaltet. In seinem Vorwort hebt Autor Paul B. Wink hervor, dass

Konrad Adenauer (1876 - 1967) unbestritten zu den Großen der Weltpolitik des 20. Jahrhunderts gehört. „Seine Wahl zum ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland war ein Glücksfall für das deutsche Volk und für Europa“, schreibt Wink.

DIE SCHULDENLAST

drückt den Bürger. Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes waren zum Jahresende 2002 die öffentlichen Haushalte (Bund und seine Sondervermögen, Länder, Gemeinden/ Gemeindeverbände und Zweckverbände) mit 1 253,2 Mrd. Euro verschuldet. Dies entspricht einer Schuldenlast von 15 195 Euro je Einwohner. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg von 4,1%. Bei Gemeinden und kommunalen Zweckverbänden stagnierten die Schulden, beim Bund und seinen Sondervermögen nahmen sie um 2,9%, bei den Ländern um 7,6% zu.

RENTNER FINANZIELL

nur „ausreichend“ versorgt. Angesichts der aktuellen Diskussion um die Generationengerechtigkeit hält die Mehrheit der Deutschen die finanzielle Situation der Rentner für eher knapp bemessen. Das ergab eine Forsa-Umfrage im Auftrag des stern. 40 Prozent der Befragten meinen, die Rentner und Pensionäre in Deutschland könnten ihren Lebensabend alles in allem nur ausreichend bestreiten, 28 Prozent glauben, die Rentner hätten sogar zu wenig Geld. Dagegen halten nur fünf

Prozent der Deutschen die finanzielle Lage der Rentner für zu gut.

SPAMS SORGEN

für Boom bei Software. Die wachsende Flut von Werbe-E-Mails (Spam) wird nach einer Studie in den kommenden Jahren die weltweiten Software-Verkäufe beflügeln. Die Umsätze mit E-Mail-Kontrollprogrammen, die unerwünschte Botschaften ausfiltern, werde sich bis 2007 auf 1,1 Milliarden Dollar mehr als vervierfachen, schätzen die Branchenbeobachter von International Data Corp.

DIE ABWANDERUNG

der Deutschen aus dem Osten des Landes in den Westen hält weiter an. „Wir gehen davon aus, dass in den neuen Bundesländern 15 Millionen Einwohner übrig bleiben“, sagte der Stadtentwicklungsdezernent des Deutschen Städtetages, Folkert Kiepe, der dpa. Derzeit leben laut Statistischem Bundesamt in Ostdeutschland rund 17 Millionen Menschen. Seit 1991 sind bereits zwei Millionen Bewohner der fünf neuen Länder in die alten Bundesländer gezogen.

ALTERSARBEITSLOSIGKEIT

ist in Deutschland weitaus häufiger als in ande-

ren EU-Ländern. Die Arbeitslosigkeit der 55- bis 64-jährigen liege hierzulande bei mehr als elf Prozent und damit genau doppelt so hoch wie in anderen EU-Staaten. Dies geht aus einer Studie des Statistischen Bundesamts hervor. In den Niederlanden liegt die Quote bei 2,1 Prozent, im Nachbarland Frankreich bei 5,3 Prozent.

DER BÜROKRATIE-

Dschungel wuchert in Deutschland unaufhörlich. Mittlerweile nehmen neue Gesetze und Verordnungen im Bundesgesetzblatt jährlich 3.700 Seiten in Anspruch – in den fünfziger Jahren reichten rund 1.000 Seiten aus. Die Regelungswut lähmt die Betriebe – nach einer aktuellen Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) leidet mehr als die Hälfte der Unternehmen stark unter dem vom Staat angezettelten Papierkrieg.

RUND EIN DRITTEL

aller Vollzeitbeschäftigten in Westdeutschland arbeitet im Niedriglohnsektor. Wie das Sozialwissenschaftliche Institut der Hans-Böckler-Stiftung mitteilte, sind somit 6,3 Millionen Vollzeitbeschäftigte für weniger als 75 Prozent des durchschnittlichen effektiven Vollzeitverdienstes tätig.

Gelebte Humanitas

„Nicht ohne uns über uns“. Unter diesem Motto steht die diesjährige Sommer-tour des saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller.

Zur Halbzeit der Tour, auf der Peter Müller zahlreiche Behinderten-Einrichtungen besucht hat, zieht das Mitglied des Präsidiums der CDU Deutschlands eine positive Zwischenbilanz. Was in den Einrichtungen geleistet werde, sei beeindruckend und verdiene Anerkennung und Respekt. „Was die Menschen dort tun, ist gelebte Humanitas. Das ist nicht nur Beruf, sondern Berufung.“ Ebenso gewinnend sei die offene Art und Emotionalität der Behinderten. „Jeder einzelne Besuch ist nachhaltig und hinterlässt bleibende Eindrücke“, betont Peter Müller, für den als Mitglied der Lebenshilfe in Neunkirchen der Besuch in Behinderten-Einrichtungen eine Selbstverständlichkeit geworden ist. Begleitet wurde er auf seinen bisherigen Stationen von Sozialministerin Regina Görner. Bei der Lebenshilfe St. Wendel eröffnete Peter Müller das neue Familienhilfzentrum, das unter dem Motto „Kinder



fördern – Eltern begleiten – Familien unterstützen“ differenzierte Hilfsangebote an Kinder, Jugendliche und Eltern bündelt. Peter Müller unterstrich, dass die Behindertenpolitik der saarländischen Landesregierung dem Ziel folgt, die aktive Teilhabe der Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen und beruflichen Leben zu verbessern. „Die Integration behinderter Menschen genießt bei uns einen hohen Stellenwert.“ Deshalb gibt es erstmals seit 20 Jahren einen Landesbehindertenplan. Das Behindertengleichstellungsgesetz mit dem Ziel, räumliche und kommunikative Barrieren abzubauen, wurde auf den Weg gebracht und die Eingliederungshilfe Behinderten in Aufgaben- und Kostenverantwortung beim Land konzentriert. Erstmals wird 2003 der Integrationspreis „Chancen für alle im

Arbeitsleben“ für vorbildliche Integrationsbemühungen an zwei Betriebe verliehen. Bei der Beschäftigungsquote aller öffentlichen Arbeitgeber liegt das Saarland mit sechs Prozent bundesweit auf dem dritten Platz. Mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit von Schwerbehinderten um 26 Prozent hat das Saarland seine Quote übererfüllt. Bundesweit ist die Arbeitslosigkeit bei den Schwerbehinderten nur um 11 Prozent gesunken.

Barrierefreiheit auch im Internet

Das Saarland will mit einem neuen Gesetzentwurf auch im Internet Verbesserungen für Behinderte durchsetzen. Die Internetseiten der öffentlichen Verwaltung sollen dann barrierefrei gestaltet werden. Insbesondere blinden und sehbehinderten Menschen soll ein Zugang, z. B. durch textunterlegte Benutzeroberflächen ermöglicht werden. Der neue Gesetzentwurf steht im Internet unter: www.soziales.saarland.de

„Mehr jüngste deutsche **Geschichte** im Unterricht“

Dies forderte der Landesvorsitzende der CDU in Mecklenburg-Vorpommern, Eckhardt Rehberg, anlässlich des 42. Jahrestags des Mauerbaus am 13. August 2003.

Dieser Tag dürfe ebenso wie der 17. Juni 1953 nicht in Vergessenheit geraten. Besonders die Schulen seien deshalb aufgerufen, Kindern und Jugendlichen auch die wichtigen Ereignisse der jüngsten deutschen Geschichte zu erläutern. „Wenn am 18. August das neue Schuljahr wieder beginnt, liegt der 13. August nur wenige Tage zurück. Die an diesem Tag vor 42 Jahren errichtete Mauer war 28 Jahre das Symbol der deutschen Teilung. Sie zerriss ein ganzes Land. Familien und Freunde waren für Jahrzehnte getrennt. An dieses wichtige Ereignis muss daher auch in Zukunft erinnert werden“, so der CDU-Landesvorsitzende.

„Wir dürfen die Zeiten der Unfreiheit und Unterdrückung in der deutschen Geschichte nicht vergessen. Gerade wegen der über 900 Grenztoten und dem damit



verbunden großen menschlichen Leid, muss die Erinnerung auch bei der jungen Generation wach gehalten werden. Nur wer sich die Geschichte bewußt macht, kann aus ihr lernen.“ Um gerade Jugendlichen Demokratie und Rechtsstaat näher zu bringen, muss nach Auffassung der CDU die jüngste deutsche Geschichte, wozu der Mauerbau als ein Schlüsseldatum zählt, im Unterricht mehr Gewicht erhalten. Daran müsse zu Beginn des neuen Schuljahres erinnert werden. Der 13. August 1961 sei eine unmittelbare Folge des 17. Juni 1953 gewesen. Die Niederschlagung des Aufstandes habe zu einem beispiellosen Exodus der Intelligenz und des Bürgertums aus der damaligen DDR geführt. Unter dem Verlust jener fast 2

Millionen Menschen haben die neuen Bundesländer noch heute zu leiden.

„Die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte gehört genauso wie Mathematik oder Fremdsprachenunterricht in die Schule. Nur wenn Jugendlichen die Ereignisse und Erfahrungen von damals weitergegeben werden, kann die junge Generation erfassen, welche große Bedeutung gesellschaftliche Werte wie Freiheit haben. Die Erfahrungen von 40 Jahren Unfreiheit, für die die Mauer als Symbol steht, darf nicht ausgeblendet werden. Es ist Aufgabe der Landeszentrale für politische Bildung dies in ihrem Programm deutlicher werden zu lassen. Zudem wäre ein gutes Zeichen, wenn sich Lehrerinnen und Lehrer zu Beginn des Schuljahres auch ohne ministerielle Anweisung diesem Thema annehmen. Geschichte darf nicht verdrängt werden“, forderte Eckhardt Rehberg abschließend.

<http://>

Weitere Informationen
auf: www.cdu-mv.de

MICHAEL MEISTER:

Rot-Grün will höhere **Steuern** für alle



Anlässlich des Kabinettschlusses zum Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes, eines Gesetzes zur Reform der Gewerbesteuer und eines „Korb-II-Gesetzes“ erklärt der finanzpolitische Sprecher:

Seit Monaten verspricht Bundeskanzler Schröder Steuersenkungen für die Bürger dieses Landes. Sie müssten im kommenden Jahr durchschnittlich 10% weniger Einkommensteuer zahlen als in 2003. Nun liegt die vermeintliche „Wohltat“ auf dem Tisch und entpuppt sich als Steuererhöhung für die Bürger. Zwar soll die dritte Steuerreformstufe vorgezogen werden. Aber um welchen Preis:

Arbeitnehmer können Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte bis zu einer Ent-

fernung von 20 km nicht mehr als Werbungskosten geltend machen.

Potentielle Häuslebauer sollen ab 2004 auf die Eigenheimzulage und die Wohnungsbauprämie verzichten.

Alleinerziehende erhalten bereits ab 2004 keinen Haushaltsfreibetrag mehr.

Land- und Forstwirte müssen nach der Dürre noch mit den Lasten einer höheren Umsatzsteuer und der Rückführung der Vergütung der Mineralölsteuern für Dieselkraftstoff rechnen.

Freiberuflern wird eine „Gemeindefinanzierungssteuer“ auferlegt.

Und die Unternehmen werden auch noch mal schnell abkassiert: Einführung einer Mindeststeuer, Ausdehnung der Gesellschaft-Fremdfinanzierung, Abschaffung der sogenannten Halbjahres-AfA und Verzicht auf die in Aussicht gestellte systemgerechte Lösung für die Versicherungswirtschaft, um nur einiges zu nennen.

Noch nicht ausgemacht scheint der Wegfall der Einbeziehung der ertragsunabhängigen Elemente wie Mieten, Pachten, Dauerschuldzinsen in die gewerbesteuerliche Bemessungsgrundlage zu sein. Die SPD-Fraktion würde am liebsten auch noch diese Aufwendungen der Be-

steuerung unterwerfen.

Damit wird klar: Rot/Grün schützt das Vorziehen der dritten Steuerreformstufe vor, um von riesigen Haushaltslöchern, der nicht zu Ende gedachten Unternehmenssteuerreform und der verschleppten, aber dringend erforderlichen Gemeindefinanzreform abzulenken.

Das wird mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht zu machen sein. Sie würde gerne einem Vorziehen der dritten Steuerreformstufe zustimmen, jedoch baut Rot/Grün mit den unsoliden Vorschlägen vom heutigen Tage große Hindernisse auf. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert daher ein solide finanziertes Vorziehen der dritten Steuerreformstufe, bei der die Bürger nicht das Gefühl „Linke Tasche rein – rechte Tasche raus“ haben müssen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert ein Sofortprogramm für die Kommunen, das eine Absenkung der Gewerbesteuerumlage auf 20 %, eine Erhöhung des kommunalen Umsatzsteueranteils auf 3 % und eine Verlagerung von Aufgaben nur bei Sicherstellung der Finanzierung vorsieht. Neben der Einnahmeseite müssen auf der Ausgabenseite soziale Leistungen umgehend im Anstieg gebremst und lang-

fristig auf ein finanzierbares Maß reduziert werden, ohne dass soziale Ungleichgewichte entstehen. Das hilft den Gemeinden in ihrer aktuellen Situation und gibt Zeit für eine verlässliche, dauerhafte Gemeindefinanzreform. Die an sich desolate Gewerbesteuer lässt sich durch die bloße Einbeziehung der Freiberufler nicht solide reformieren. Hier rächt sich, dass jahrelang eine solide Vorbereitung der Gemeindefinanzreform vernachlässigt wurde.

MICHAEL FUCHS:

Ein Schrecken ohne Ende



Zu dem dem Bundeskabinett vorliegenden Gesetzesentwurf zu Hartz IV und zum ersten „Geburts-tag“ der Hartz-Reform erklärt der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Bürokratieabbau:

Im Wahlkampf wich Peter Hartz nicht von des Kanzlers Seite. Dem deutschen

Arbeitsmarkt, der größten Deregulierungsbaustelle in der Wirtschaftspolitik, versprach er wirksame Hilfe. Die Hartz-Gesetze I-IV sollten mit innovativen Begriffen und Strukturen die Arbeitsmarktmissere beenden.

Doch Hartz wirkt nur auf dem Papier. Aus dem glänzend verpackten Plan entwickelte sich ein Schrecken ohne Ende. Die Bilanz ein Jahr nach der Idee ist ernüchternd: Die Arbeitslosigkeit ist nicht – wie versprochen – auf 3,3 Millionen gesunken, sondern auf 4,4 Millionen gestiegen, Tendenz steigend. Die PSA haben die Zeitarbeit im Tarifzwang versklavt. Genutzt hat das außer den Gewerkschaften niemandem. Gerade einmal 187 Arbeitslose haben durch die PSA einen festen Arbeitsplatz gefunden. In drei Jahren sollten es 780.000 sein.

Der nun heute dem Kabinett präsentierte Gesetzesentwurf zu Hartz IV verkörpert das dicke Ende dieses Dramas in vier Akten. Die Pläne zur Verwaltung des neuen Arbeitslosengeldes II durch die Bundesanstalt für Arbeit sind bürokratischer Irrsinn. Die Mammutbehörde wird zur Bürokratieanstalt für Arbeit.

Daß die Zusammenlegung von Arbeits- und Sozialhilfe im Grundsatz von

allen Parteien befürwortet wird, steht dafür auf einem anderen Blatt. Es darf aber nicht sein, daß die Nürnberger Behörde die neue Aufgabe zusammen mit 11.800 neuen Jobvermittlern an sich zieht. Wo bleibt da die versprochene Entbürokratisierung der Bundesanstalt? Diese Aufblähung des Beamtenapparates entspricht in keiner Weise der gewünschten Verschlinkung der öffentlichen Hand. Ergebnis: Noch mehr Bürokraten für noch mehr Arbeitslose.

Hartz IV steht den avisierten Reformen und der Effizienzsteigerung der Behörde diametral entgegen. Alles, was bislang an der Bundesanstalt für Arbeit kritisiert wurde, zementiert und verstärkt dieser Gesetzesentwurf. Für die Bürger und die Wirtschaft ist diese Aufblähung auf Kosten der Allgemeinheit ein Schlag ins Gesicht.

Deutschland braucht nicht noch mehr Bürokraten, sondern weniger staatliche Gängelung und Regulierung. Unter keiner Regierung zuvor ist die Zahl der Gesetze und Verordnungen so explodiert wie unter Rot-Grün. In der letzten Legislaturperiode waren es 1,6 Gesetze und Verordnungen jeden Tag.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert, Büro-

kratie umfassend und auf allen Gebieten abzubauen. Stattdessen entstehen unter Rot-Grün tagtäglich neue Bürokratiemonster. In Zeiten von Pleitenrekorden und Unternehmensabwanderungen ist das Signal aus Nürnberg die rote Karte für die deutsche Wirtschaft.

GERDA HASSELFELDT:

Spam – Verbraucher endlich wirksam schützen



Anlässlich der Entgegennahme einer Unterschriftensammlung zur Bekämpfung unerwünschter Werbemails durch Verbraucherschutzministerin Künast erklärt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende:

Endlich nimmt sich auch Verbraucherministerin Künast dem dramatischen Anstieg unerbetener elektronischer Werbepost – kurz: „Spam“ – an: Während im Vorjahr der Anteil der soge-

nannten Junk-E-Mails noch 29 % betrug, erwarten Experten für dieses Jahr, dass mehr als die Hälfte aller E-Mails unerwünscht in den Computern am Arbeitsplatz und in den Privathaushalten landen.

Auch in Brüssel ist das Problem bekannt: Nacheinander im Vorjahr von der EU-Kommission veröffentlichten Studie von Datenschutzexperten verursachte der Empfang von unerwünschter Werbepost für die Verbraucher einen Schaden von insgesamt mehr als zehn Milliarden Euro.

Inwiefern die Entgegennahme einer Unterschriftensammlung durch Frau Künast den betroffenen E-Mail-Nutzern helfen soll, bleibt allerdings offen. Das Problem ist längst bekannt, konkrete Maßnahmen sind jetzt gefragt!

Die CDU/CSU-Fraktion fordert die Bundesregierung daher auf:

- eine ordnungsgemäße Anbieterkennzeichnung – d.h. gesetzliche Regelungen, durch die die Identifizierung des SPAMers ermöglicht wird – sicherzustellen;
- die Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation umzusetzen;
- Spam-Mails strafbewehrt zu ahnden;
- datenschutzrechtliche Re-

gelungen zu schaffen, die den Adresshandel durch spürbare Sanktionen eindämmen;

- eine zentrale Melde-/Beschwerdestelle einzuführen, bei der SPAM-Meldungen erfasst und weiter verfolgt werden;

- den Verbraucher über den Umgang mit seiner eMail Adresse und mit unverlangter E-Mail-Werbung aufzuklären;

- gemeinsame technische Entwicklungen der Industrie zur SPAM-Abwehr zu fördern.

Einzelmaßnahmen helfen im Bereich der Spam-Abwehr wenig. Nur mit einem umfassenden und vor allem internationalen Ansatz, der die Aspekte Technologie, verantwortungsvolle Kundenkommunikation, Gesetzgebung, Umsetzung und Aufklärung der Nutzer berücksichtigt, können wir der für Verbraucher gleichermaßen lästigen wie bedrohlichen E-Mail-Flut Herr werden!

DAGMAR G. WÖHRL:

**Alarmsirene
in voller
Lautstärke**

Zur Bekanntgabe der BIP-Entwicklung in Deutschland im 2. Quartal 2003



durch das Statistische Bundesamt erklärt die wirtschaftspolitische Sprecherin:

Deutschland steckt in der Rezession. Seit sechs Monaten schrumpft die deutsche Wirtschaft. Seit zwölf Quartalen steht eine saisonbereinigte Null vor dem Komma der Wachstumszahlen. Die Alarmsirene läutet in voller Lautstärke.

Die Politik des Bundeskanzlers hat unser Land damit in die tiefste Wachstumskrise seit der Wiedervereinigung geführt. Noch niemals seit dem Fall der Mauer gab es eine so lange „Nullrunde“ beim Wachstum. Rot-Grün zerstört mit ihrem wirtschaftspolitischen Amoklauf die Existenzgrundlagen in Deutschland.

Jetzt hilft kein Taktieren mehr. Im Herbst müssen endlich Richtungsentscheidungen fallen. Wir brauchen dabei kein konjunkturelles Strohfeuer, sondern eine nachhaltige Steigerung des Wirtschaftswachstums. Die Bundesregierung muss da-

her die akademischen Diskussionen um neue staatliche Zwangsabgaben wie die Bürgerversicherung sofort beenden und die brennenden Wirtschaftsprobleme lösen.

Die Union hat mit dem Gesetzentwurf zur Modernisierung des Arbeitsrechts ein handfestes Konzept auf den Tisch gelegt. Wir brauchen eine sichere Rechtsgrundlage für betriebliche Bündnisse für Arbeit, um mehr Flexibilität in den Unternehmen zu schaffen. Wir brauchen ein Absinken des Arbeitslosenversicherungsbeitrages auf 5 Prozent, um den Faktor Arbeit zu entlasten. Wir brauchen einen Kündigungsschutz, der wieder zu mehr Einstellungen führt. Dies kann sofort im Bundestag beschlossen werden.

Denn nur wenn die Wirtschaft wächst, können mehr Arbeitsplätze entstehen. Nur wenn Umsätze steigen oder zumindest stabil bleiben, können sich Betriebe am Markt halten. Bricht das Wachstum ein, sind Unternehmenspleiten vorprogrammiert, Arbeitsplätze werden vernichtet, Existenzen ruiniert.

Allein im vergangenen Jahr haben durch die rund 38.000 Unternehmensinsolvenzen über eine halbe Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz verloren. Wenn

die politischen Rahmenbedingungen nicht endlich besser werden, müssen auch in diesem Jahr weitere zigtausend Familienväter stempeln gehen. Das ist nicht nur eine sozial-, sondern auch eine wirtschaftspolitische Katastrophe. Anstatt in dieser Situation kräftig zu entlasten, beschließt die Bundesregierung neue Steuererhöhungen. Durch die „Gemeindefortschrittsteuer“ bleibt für viele unter dem Strich eine steuerliche Mehrbelastung stehen. Das ist ökonomischer Irrsinn. Wer Sand in den Job-Motor Nummer Eins streut, darf sich nicht wundern, wenn die Maschine abgewürgt wird. Es gibt daher nur einen Weg aus dieser Krise: Runter mit den Abgaben, Aufbau eines einfachen und gerechten Steuersystems mit niedrigeren Sätzen, Zerschlagung der Fesseln auf dem Arbeitsmarkt, weniger Bürokratie.

Die Bundesregierung ist am Zug, ein ordnungspolitisch klares Gesamtkonzept im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft vorzulegen. Die im Bundeskabinett gestern beschlossenen Änderungen sind und bleiben angesichts der großen wirtschaftspolitischen Herausforderungen dagegen kontraproduktives Stückwerk.

Broschüre „Jeder kann etwas bewegen.“
Angela Merkel

Bestell-Nummer: 5942
Preis je 100 Stück: 20,00 €
inkl. MwSt.: 21,40 €



Broschüre „Die CDU.“
Mitgliederwerbebroschüre der CDU Deutschlands

Bestell-Nummer: 5076
Preis je 50 Stück: 18,50 €
inkl. MwSt.: 19,80 €

Aufnahmeantrag
mit abtrennbarem Abfragebogen
für Zusatzangaben

Bestell-Nummer: 6719
Preis je 200 Stück: kostenlos



Service-Scheckheft
der CDU Deutschlands
zur Mitgliederkampagne

Bestell-Nummer: 9075
Preis je 50 Stück: 15,75 €
inkl. MwSt.: 18,27 €



Leitfaden
„Kampagne Mitgliederwerbung“

Bestell-Nummer: 4019
Preis je 25 Stück: 14,50 €
inkl. MwSt.: 15,52 €



Stoffbeutel

Er ist mehr als nur ein Beutel. Durch die beiden seitlich zusammenziehbaren Kordeln, kann man ihn auch als Rucksack tragen. Sehr geeignet für Informationsmaterialien und Streuartikeln bei Canvassingaktionen.

Bestell-Nummer: 9026

Preis je 5 Stück: 7,50 €
inkl. MwSt.: 8,70 €

NEU



Becher-Set

Set besteht aus 4 Kunststoffbechern in gelb, orange, hellblau und grün.

Bestell-Nummer: 9028

Preis je 1 Set: 4,40 €
inkl. MwSt.: 5,10 €



Thermoskanne

Kunststoffgehäuse, Thermosinnenteil aus Glas für 0,25 l Inhalt.

Bestell-Nummer: 9027

Preis je 1 Stück: 3,60 €
inkl. MwSt.: 4,18 €



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

NEU



Sommerpack

Der ideale Begleiter für einen Ausflug. Bestehend aus:
Stoffbeutel, eine Thermoskanne mit zwei Bechern

Bestell-Nummer: 9025

Komplettpreis: 6,00 €

inkl. MwSt.: 6,96 €

Alle Artikel sind auch einzeln zu bestellen.
(Siehe Seite 15)

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162,33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de